

DEUTSCHLAND=UNION=DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77 178 / 77 906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postcheckkonto: Frankfurt M. 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands

Nr. 5 / 3. Jhrg. (C)

Frankfurt a. M., 8. Januar 1949

Seite 1

Die Informationen des Tages:

Ostzone

Auf "Anregung" der SMA beabsichtigt die Ost-CDU die bisher jährlich abzu-haltenden Wahlen für die Kreis- und Landesvorstände für den Zonenvorstand künftig nur noch alle zwei Jahre durchzuführen. Man nimmt an, daß die SMA die ihr besonders genehmen Vertreter der CDU möglichst lange im Amte halten möchte.

Auf Befehl der SMA mußte der Landesverband Brandenburg der Ost-CDU allen seinen Angestellten kündigen, die in einem der Berliner Westsektoren wohnen. Dem Sachbearbeiter der Ost-CDU wurde erklärt, es dürfe in keinem Fall verlauten, daß eine Anordnung der SMA vorliege.

Personelles

Der ehemalige Kultusminister von Nordrhein-Westfalen und frühere Rektor der Universität Bonn, Professor Heinrich-Matthias Konen, ist in Godesberg im Alter von 74 Jahren gestorben.

Kulturpolitik

Der hessische Kultusminister Dr. Erwin Stein (CDU) kündigte kürzlich in Kassel die Gründung einer Hochschule für Erziehungswissenschaften an.

Sozialpolitik

Eine Tagung der Sozialausschüsse der CDU des Regierungsbezirkes Detmold findet am 15. Januar in Detmold statt. Es spricht u.a. der Direktor der Verwaltung für Arbeit, Anton Storch, über die "Soziale Neugestaltung des deutschen Wirtschaftslebens" und in einer öffentlichen Kundgebung über "Freie Wirtschaft in Frankfurt".

Wirtschaftspolitik

Die CDU-Fraktion des Landtages von Rheinland-Pfalz ersuchte in einem Antrag die Regierung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, um die wilden Bims-Verkäufe, die in letzter Zeit durch zahlreiche berufsfremde, neuauftretende "Firmen" getätigt werden, zu unterbinden. Der Grund für diese Maßnahme ist, daß bei Fortdauer dieser wilden Ankäufe die Bimsfelder in den Kreisen Neuwied und Mayen in wenigen Jahren erschöpft sein werden.

SPD

Eine Seifenblase geplatzt

Die Militärgouverneure haben zum Wochenbeginn ihre Antwort auf die Fragen bekannt gegeben, die Dr. Adenauer bei den Besprechungen der Delegation des Parlamentarischen Rates in Frankfurt a.M. an sie gestellt hatte. Diese Antwort ist zugleich die Widerlegung einer übeln Hetze, die von Seiten der SPD gegen Dr. Adenauer wegen dieser Fragestellung betrieben wurde.

Bekanntlich hatte die SPD behauptet, Dr. Adenauer habe durch seine Frage die Militärgouverneure zu Schiedsrichtern über deutsche Angelegenheiten anrufen wollen. So und nicht anders habe sein Verhalten von den Gouverneuren und der Öffentlichkeit aufgefaßt werden können. Diese Behauptung wurde aufrecht erhalten, obwohl Dr. Adenauer der Klarheit halber in der zweiten Besprechung mit den Gouverneuren erläuternde Erklärungen abgegeben hatte, die seine Absicht jedem klar machten.

Die jetzt vorliegende Antwort zeigt eindeutig, daß die Gouverneure Dr. Adenauer richtig verstanden hatten, und daß nur die SPD aus Agitationsgründen anderer Auffassung war. Nichts in den Äußerungen der drei Generale deutet darauf hin, als ob sie Dr. Adenauers Fragen als Bitte um eine Entscheidung verstanden hätten. Der Ton wie auch der Inhalt des Schreibens tragen den deutlichen Stempel des Beitrages zu einer Diskussion. In der Frage der Länderkammer wird die ausschließliche deutsche Zuständigkeit herausgestellt. Das gleiche gilt für das Problem der Ratifizierung des Grundgesetzes, wobei die Gouverneure bei einer abweichenden Entscheidung "sich einer Prüfung vorbehalten" wollen, womit nichts präjudiziert ist. In der Frage der Finanzen endlich beschränken sich die Gouverneure auf den Hinweis auf ihr Schreiben vom 22. November 1948 und die Feststellung, daß die Beschlüsse des Parlamentarischen Rates mit diesem Schreiben "nicht ganz im Einklang stehen".

Das ist also das Ende einer Propaganda-Aktion der SPD: Ein Beitrag zur Klärung, und das allein war ja schließlich beabsichtigt. Die Hoffnung Hannovers, aus der Verlautbarung der Gouverneure eine nationalistische Aktion größeren Stils machen zu können, hat sich nicht verwirklicht. Im Gegenteil, das Schreiben der Generale ist ein Beweis dafür, wie in vertrauensvoller Zusammenarbeit Befriffe geklärt und drohende Spannungen gelöst werden können. Das aber scheint uns mehr staatsmännische Weisheit zu verraten als der Versuch, die Dinge auf die Spitze zu treiben, wie es die SPD offenkundig beabsichtigte. Die inzwischen bekannt gewordenen Äusserungen Dr. Menzels und Professor Schmids lassen die Hoffnung zu, die SPD sei über den Jahreswechsel auch zu dieser Einsicht gekommen, was im deutschen Interesse nur zu begrüßen wäre.